

Gehen Sie
wählen!

SVPdirekt

FREIHEITLICHE UND KONSERVATIVE ZEITSCHRIFT FÜR DIE REGION WINTERTHUR | JANUAR-AUSGABE 1/2022 | 30. JAHRGANG

AZB
8404 Winterthur

Die Medien müssen den Staat kontrollieren – nicht umgekehrt!

Keine Steuermilliarden für Medien- millionäre

medien-massnahmenpaket-nein.ch



Retouren an
Printimo AG, Postfach

DIE POST



Gregor Rutz
SVP Nationalrat
Kanton Zürich
Mitglied KVF, Zürich

Das sogenannte «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» bringt nicht nur Subventionen in dreistelliger Millionenhöhe, sondern auch einen medienpolitischen Paradigma-Wechsel. Neu soll eine direkte Medienförderung eingeführt werden. Dies führt zu gefährlichen Abhängigkeiten und ist der Einstieg für staatliche Vorgaben im Mediensektor. Darum ist die missratene Vorlage aus liberaler Sicht klar abzulehnen. Nachdem Doris Leuthard mit

ihrem letzten Projekt – dem «Bundesgesetz über elektronische Medien» - Schiffbruch erlitten hatte, ging ihre Nachfolgerin Simonetta Sommaruga umso motivierter ans Werk. Bereits im August 2019 beschloss der Bundesrat auf ihren Antrag hin, «effiziente und rasch umsetzbare Massnahmen zur Unterstützung von Online-Medien und Zeitungen» auszuarbeiten – eine Forderung, welche SP und Grüne seit Jahren immer wieder erfolglos erhoben hatten. Ohne vorgängige Vernehmlassung verabschiedete der Bundesrat im April 2020 die Botschaft zum vorliegenden Massnahmenpaket.

Umstrittene Vorlage

Die Vorlage war im Parlament stets umstritten. Problematisch ist vor allen die angestrebte Online-Förderung, denn hierfür ist der Bund gar nicht zuständig. Gemäss Bundesverfassung muss (und darf) der Bund einzig die Grundversorgung im Bereich von Radio und Fernsehen sicherstellen. Zur Regulierung der Presse hat er keine Kompetenz, ebenso wenig für den Online-Bereich – denn als Art. 93 BV erlassen wurde, gab es noch gar kein Internet. Die Zuständigkeitsfrage ist darum so wichtig, weil die Medien quasi die vierte Gewalt im Staat sind. Sie sollen Transparenz

IN DIESER AUSGABE

Eidgenössische Abstimmung	1-2
Editorial	3
Kommentar	4
Wahlen - Vorstellung der Schulpflege	5
Gemeinderatswahlen	6-7
Wahlen 2022 - Spezial Stefan Fritschi	8
Eidgenössische Abstimmungen	9-11
Letzte Seite	12

Die Medien müssen auch in Zukunft den Staat kontrollieren, und nicht umgekehrt.

schaffen und die Behörden überwachen. Medien müssen darum möglichst unabhängig sein, vor allem frei von staatlicher Einflussnahme. Die journalistische Unabhängigkeit ist ihr höchstes Gut. Daher ist es falsch, wenn der Staat die Medien an die Leine nimmt. So würden Rechtsstaat und Demokratie nachhaltig beschädigt. Die Medien müssen auch in Zukunft den Staat kontrollieren, und nicht umgekehrt.

Einseitige Bevorzugung gewisser Unternehmensmodelle

Die missratene Medienvorlage kultiviert eine falsche und verzerrte Optik der Medienlandschaft: Staatlich finanzierte oder geförderte Angebote werden als qualitativ höherwertig angesehen, während private Initiativen als «kommerziell motiviert» – und damit qualitativ ungenügend – abgetan werden. Mit dieser Begründung werden immer neue Subventionen gesprochen und immer mehr Bereiche reguliert.

Einzelne Geschäftsmodelle werden bevorzugt, denn nur Zeitungen und Online-Portale mit Abonnenten sollen Subventionen erhalten. Gratis-Portale oder Zeitungen wie «20 Minuten», die «Winterthurer Zeitung» oder die Lokalinfo-Anzeiger, welche kostenlos angeboten werden, erhalten keine Subventionen. Auch dies ein Bärendienst für den demokratischen Diskurs und die Medienvielfalt.

Ordnungs- und staatspolitisch gefährlich

Das oberste ordnungspolitische Gebot in einer Marktwirtschaft heisst: Der Staat soll nicht ohne Not in funktionierende Marktbereiche eingreifen. Entsprechend soll sich auch die Medienpolitik nach dem Subsidiaritätsprinzip (Art. 5a BV) ausrichten: Was Private erbringen können und wollen, soll

ihnen auch überlassen werden. Dies hat die Wettbewerbskommission vor einigen Jahren treffend festgestellt: Der Service public ist «nicht ein eigenes Angebot, welches sich im Markt gegen die Privaten behaupten muss, sondern eine Ergänzung des bestehenden Marktangebots.» Dieser Grundsatz jedoch gerät zusehends in Vergessenheit. Der Service public wird auf immer mehr Bereiche ausgedehnt. Wir sprechen nicht mehr von einer staatlichen Grundversorgung, sondern von einer staatlichen Rundumversorgung.

Aufgrund flächendeckender Subventionen gibt es bald keine Medien mehr, die ohne Staatsgelder arbeiten. Die Subventionen für Zeitungen sollen gemäss Postgesetz von 50 auf 120 Mio. Franken erhöht werden, die Gelder aus dem RTVG von 84 auf 136 Mio. Franken wachsen. Weitere 30 Mio. Franken will der Bund für Online-Medien vorsehen. Alles wird staatlich finanziert.

Medienkonzerne profitieren am meisten

Störend sind namentlich zwei Punkte: Einerseits wird der grösste Teil der Mittel an die Grossverlage fliessen, denn diesen Unternehmen gehören auch diverse Regionalzeitungen sowie Radio- und TV-Stationen. Wer meint, diese Vorlage stärke kleine, regionale Medien, täuscht sich gefährlich. Im Online-Bereich wiederum züchten wir Unternehmen heran, die nicht überlebensfähig sind und nie auf eigenen Füssen stehen können. Subventionen für Online-Plattformen, welche bis zu 60% des anrechenbaren Umsatzes betragen, schaffen gefährliche Abhängigkeiten: Solche Unternehmen werden immer vom Staat abhängig bleiben. Darum gibt es am 13. Februar nur eine Antwort: ein klares Nein zu staatlich kontrollierten Medien!

IMPRESSUM

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP-Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur.

Herausgeber
SVP Stadt und
Bezirk Winterthur

Erscheint
Viermal jährlich

Auflage
1'600 Expl.

Redaktionsleitung
Robert Winkler
direkt@svp-winterthur.ch
Tel. 079 896 46 06

Redaktion
Hans Brunner,
Maria Wegelin,
Felix Lisibach,
Therese Schläpfer,
Werner Schneider,
Simon Rüttimann

Druck
Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur

Postadresse
SVP Winterthur
8400 Winterthur

ZKB, 8400 Winterthur
SVPdirekt
IBAN:
CH66 0070 0114 8049 9142 3

Inseratannahme
Werner Schneider
Tel. 079 696 47 31
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.

Der Staat soll nicht ohne Not in funktionierende Marktbereiche eingreifen. [...] Was Private erbringen können und wollen, soll ihnen auch überlassen werden.

«Selbst wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch einen Apfelbaum pflanzen»



«Selbst wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch einen Apfelbaum pflanzen»

Wir haben die Möglichkeit, uns ganz direkt mit unserer Stimme an einer «Erneuerung» des Stadtrates und des Stadtparlaments zu beteiligen.

Dieses Zitat stammt von Martin Luther und hat mich im letzten Jahr begleitet. Martin Luther war Reformator. Reformation kommt aus dem Lateinischen und bedeutet «Wiederherstellung, Erneuerung». Der Apfelbaum wiederum ist Sinnbild für Leben und Hoffnung. Hoffnung

verbinde ich mit Sehnsucht, mit der Sehnsucht nach Normalität. Leider weiss man erst, was Normalität ist, wenn sie einem genommen wird.

Am 13. Februar stehen in der Stadt Winterthur Gesamterneuerungswahlen des Stadt- und Gemeinderats an. Oder des Stadtparlaments, wie der Gemeinderat seit 1. Januar heisst. Auch dürfen die Wähler und Wählerinnen das erste Mal eine neue Schulpflege wählen und wie üblich über diverse Vorlagen abstimmen.

Wir haben die Möglichkeit, uns ganz direkt mit unserer Stimme an einer «Erneuerung» des Stadtrates und des Stadtparlaments zu beteiligen. Eine Erneuerung wird uns aber nur gelingen, wenn wir konsequent alle bürgerlichen Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat

aufschreiben und natürlich die SVP-Liste einwerfen.

Die Welt wird morgen wahrscheinlich nicht untergehen, zumindest hoffe ich das. Und genau deshalb möchte ich Sie dazu ermutigen - sinnbildlich gesprochen - einen Apfelbaum zu pflanzen. Wir werden uns nicht von heute auf morgen in seinem Schatten ausruhen können, unsere Kinder und Enkelkinder schon. Sie sind darauf angewiesen, dass Sie heute die richtige Wahl und Entscheidungen treffen. Wir haben es in den Händen, ob wir zulassen, dass uns noch mehr Normalität genommen wird.



Maria Wegelin
Präsidentin SVP
Winterthur
Vize-Präs. Stadt-Töss-
Mattenbach-Veltheim
Stadtratskandidatin



Kalender

Datum	Anlass	Ort
21. Januar 2022	34. Albisgüetli-Tagung	
26. Januar 2022	Parteiversammlung SVP	Winterthur
28. Januar 2022	Jassturnier	Hettlingen
13. Februar 2022	Wahlsonntag und Wahlfest	Winterthur
04. März 2022	Junge SVP Kanton Zürich: Skiweekend	

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf



svp-winterthur.ch



svp-bezirk-winterthur.ch



svp-zuerich.ch

Inserat

PRINTIMO. MEHR ALS NUR DRUCK.



Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur
Telefon 052 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch

Stützpartner der SVP Gruppe



Plakate aufstellen Seemer Buck:
Christian Della Saga, Maria Wegelin,
Susanna Lisibach

Unser Wahlkampf lebt vor allem vom Engagement der Kandidatinnen und Kandidaten. Ich bin beeindruckt vom Einsatzwillen.

Wahlkampf!



Christian Hartmann
Gemeinderat SVP
Stadt Winterthur
Wahlkampfleiter

Wann der Wahlkampf begonnen hat, ist schwer zu sagen. Sicher einige Monate vor der Nomination von Maria Wegelin und Thomas Wolf für den Stadtrat durch die Parteiversammlung vom 19. Mai 2021. Es galt Fragen zu klären wie: Mit wie vielen Kandidaten wollen wir antreten? Und mit wem? Dann galt es mit den bürgerlichen Partnern und mit den Wirtschaftsverbänden eine Plattform zu schmieden. Der Name «Team Freiheit» passt perfekt zur SVP aber auch zur FDP und der Mitte. Für das Stadtparlament – früher: Grosser Gemeinderat – haben wir unzählige Gespräche geführt und 60 spannende Kandidatinnen und Kandidaten gefunden. Wir haben Land-, Gast- und Betriebswirte auf der Liste, aber auch Handwerker, Akademiker, Pensionierte oder Informatiker. Frauen und Männer, Junge und Ältere. Unsere Liste repräsentiert die Bevöl-

kerung. Und das sicher mehr als die Liste der SP.

Zum ersten Mal wird zudem die neu geschaffene Schulpflege mit sechs Halbämtern gewählt. Wir haben drei erfahrene Kandidatinnen nominiert. Sie waren alle langjährige Mitglieder der «bisherigen» Kreisschulpflegen. Die drei gleichzeitigen Behördenwahlen führen zu einem sehr komplexen Wahlkampf, unterstützen sich gegenseitig. Es müssen drei Wahlkämpfe geführt werden, die jedoch zusammenpassen müssen. Ein wichtiger Teil unseres Wahlkampfes sind Standaktionen und ein Haustürwahlkampf, also der direkte Kontakt mit der Bevölkerung. Das liegt von Natur aus vielleicht der einen mehr und dem anderen weniger. Deshalb haben wir die Kandidaten geschult. Zeitungen werden immer weniger gelesen. So setzen wir darum auch stark auf Onlinewerbung. Banner auf Zeitungsseiten und in Apps machen auf die Stadtratswahlen aufmerksam und verlinken Webseiten. Daneben buchen wir Inserate in den

Wahlbeilagen, verteilen Flyer und Give-aways. Wichtig sind auch Wahlplakate, die wir grösstenteils selbst aufstellen. Wir investieren in die elektronische Kommunikation mit den Wählerinnen und Wählern und den SVP-Mitgliedern. Unsere Facebookseite hat über 1000 Follower und ist damit mit Abstand die grösste politische Facebookseite in Winterthur. Unsere Beiträge erreichen innert Stunden hunderte potentielle Leser.

Unser Wahlkampf lebt vor allem vom Engagement der Kandidatinnen und Kandidaten. Ich bin beeindruckt vom Einsatzwillen.

Wir rechnen auch mit dem Einsatz aller Parteimitglieder. Die meisten Leute interessieren sich nur dann für Politik, wenn Sie sich ärgern. Sprechen Sie mit Ihren Freunden, Verwandten und Bekannten über Winterthur. Legen Sie ihnen ans Herz mit Ihrer Stimme am 13. Februar mitzuhelfen, dass sich Winterthur positiv entwickelt. Was soll und kann verändert und verbessert werden?

Ich bin stolz, ein SVPlar zu sein

so begann in der letzten Ausgabe 2021, auf Seite 4, ein sehr lesenswerter Artikel von Tobias Weidmann. Darin zeigt er auf, wie konstruktiv und lösungsorientiert die SVP in der alltäglichen Praxis ist. Tobias Weidmann ist Präsident der SVP Bezirk Winterthur und Kantonsrat. Leider haben wir über seinem Artikel den Namen von Michael Gross gesetzt, was natürlich falsch war. Wir korrigieren deshalb diesen Fehler und bitten Tobias Weidmann vielmals um Entschuldigung. Ihre Redaktion der SVPdirekt Zeitung

Schulpflege Winterthur - Vorstellung der Kandidatinnen Bea Bleistein, Gabriella Gisler und Jasmine Sutter

Bea Bleistein



Mein Name ist Bea Bleistein, ich bin 50 Jahre alt, verheiratet und lebe mit meiner Familie in einem familienfreundlichen Quartier in Winterthur. Als Mutter eines schulpflichtigen Kindes sowie als aktive Kreisschulpflegerin, davon 3 Jahre im Vizepräsidium, bin ich mit den aktuellen Schulgeschehnissen sowie den aktuellen Herausforderungen im Schulalltag sehr gut vertraut.

Durch meine berufliche Tätigkeit als Versicherungsfachangestellte, bin ich es mir gewohnt, schwierige Entscheidungen zu begründen und freundlich, aber bestimmt zu vertreten. Ich arbeite stets lösungsorientiert, ohne vorgegebene Ziele und Richtlinie aus den Augen zu verlieren. So kann ich beruflich wie auch persönlich auf viele Jahre Erfahrung zurückblicken. Als persönlicher Ausgleich, trei-

be ich viel Sport, wie Taekwondo, Yoga und Hundesport.

Jasmine Sutter



Mein Name ist Jasmine Sutter, Jahrgang 1970, verheiratet und ich bin Mutter zweier erwachsener Kinder. Ich arbeite auf einem Berufsschulsekretariat in St. Gallen. Seit 2014 bin ich in der Kreisschulpflege Veltheim-Wülflingen tätig und mache dies mit viel Herzblut und Engagement. Ich habe mich nach reiflicher Überlegung dazu entschieden für die neue Schulpflege Win-

terthur zu kandidieren. Sehr gerne bin ich beim Aufbau der neuen Schulpflege der Stadt Winterthur dabei und bringe meine bisherigen Erfahrungen und mein Wissen mit ein. Ich will weiterhin ein Bindeglied zwischen Schule und Einwohner der Stadt Winterthur sein. Ich freue mich meine Erfahrungen und mein Engagement aus den letzten acht Jahren weiterhin einzubringen und neue Projekte

anzupacken. Deshalb bin ich die richtige Frau für dieses Amt. Es braucht Leute aus dem Volk, die mitdenken und anpacken damit unsere Schule eine Volksschule bleibt.

Gabriella Gisler



Mein Name ist Gabriella Gisler und bin verheiratet mit Marcel. Gemeinsam haben wir zwei erwachsende Söhne. Zu Hause bin ich in Oberwinterthur, direkt neben dem Schulhaus Zinzikon. In der Freizeit engagierte ich mich im Turnen als Leiterin bei der Frauenriege und bei der Kunstturnerriege Hegi. Bevor ich 2013 ins Stadtparlament von Winterthur nachrutschte, war ich drei Jahre in der Kreisschul-

pflege Oberwinterthur tätig. Während meiner gesamten Parlamentszeit wirkte ich in der Kommission Bildung, Sport und Kultur mit, davon von 2014-2018 als deren Präsidentin. Gemäss der neuen Gemeindeordnung muss die Schulpflege neu organisiert werden. Genau zu dieser Entwicklung neuer Strukturen, Positionierung und Rechtssetzungsaufgaben möchte ich meinen bürger-

lichen Beitrag leisten. Mit meinem juristischen Hintergrund kommt mir diese Aufgabe sehr entgegen.

Am 13. Februar: Liste 2 in den Gemeinderat



Maria Wegelin
1978, Dr. med. vet., Tierärztin



Thomas Wolf
1966, Gastwirt



Daniel Oswald
1965, Elektroingenieur,
Teamleiter Informatik



Gabriella Gisler
1962, Juristin



Michael Gross
1973, Bauingenieur



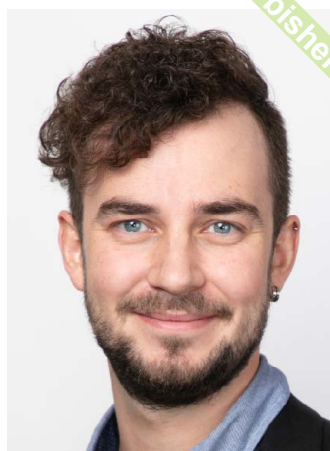
Christian Hartmann
1967, Betriebswirtschaftler,
KMU-Unternehmer



Stefan Gubler
1966, Bankangestellter



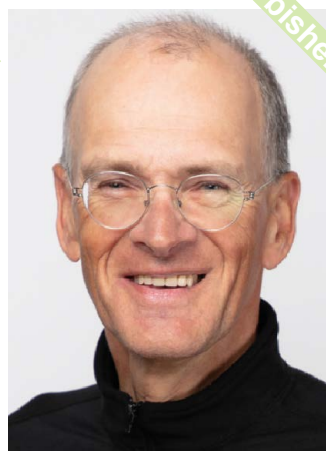
Marc Wäckerlin
1971, Chief Technology Officer



Matthias Bollmann
1996, Zimmermann-Vorarbeiter



Philipp Angele
1982, Finanzcontroller



Walter Isler
1956, Konstruktionsschlosser



Christian Della Sega
1968, Geschäftsführer

Arbeitsplätze wählen!
Freiheit wählen!
Zukunft wählen!



Fliessenden Verkehr wählen!
Stabile Finanzlage wählen!
Sicherheit wählen!



Vorstellung unserer Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten



Jan Ehrbar
1993, Gärtner, Landwirt



Marco Graf
1983, Maschinenmechaniker,
KMU-Unternehmer



Pascal A. Werner
1984, Gastwirt



Burak Özhan
1974, Finanzfachmann



Bernd Bleistein
1967, Versicherungsexperte



Karsten Kreis
1971, Projektleiter



Manuel Zanoni
1984, Wettbewerbsökonom



Susanna Lisibach
1969, Sekretariatsleiterin, Kantonsrätin

sowie unsere weiteren Kandidatinnen und Kandidaten:

Lucie Streit
1981, Hausfrau

Stefan Müller
1979, Jurist

Nadja Lehmann
1990, Fachspezialistin
Versicherungsleistungen

René Isler
1959, Polizist, Kantonsrat

Gisep Puorger
1950, Wirtschaftsinformatiker

Daniela Widmer
1973, Medizinische Praxisassistentin

Martin Nussbaumer
1970, Landwirt

Flavio Balbiani
1983, Key Account Manager

Josef Wiget
1941, Informatiker

Emil Perret
1958, Koch

Marcello Fontana
1957, Salesmanager Informatik

Tim Kramer
2001, Berufsmittelschüler, Forstwart

Michael Rippas
1960, Fotograf

Anton Fessler
1978, Betriebsökonom,
KMU-Unternehmer

Guido Hauser
1967, Betriebsungsbeamter

Bruno Bischof
1968, Brandschutzexperte

Christoph Lisibach
1997, Maurer EFZ

Bea Bleistein
1971, Versicherungsangestellte,
Fitnessinstructorin

Agim Tusi
1966, Gartenbauer

Mathias Werren
1975, Landwirt

Felix Lisibach
1995, Master in International Security

Pius Bürgi
1961, Bäcker / Konditor

Oliver Schatt
1975, IT Infrastruktur Architekt

Mario Covi
1953, Finanzberater

Paolo Pugliese
1978, Pfändungsbeamter

Antonio (Toni) De Carlo
1966, Kaffeeconceptberater

Markus Streuli
1954, Verkäufer, Sigrist

Lars Herzog
1998, Sanitärinstallateur EFZ

Ursula Staufer
1951, Fachfrau Neurophysiologische
Diagnostik

Anna Lüdi
1950, Pflegefachfrau

Christian Streit
1970, Airline-Pilot

Mentor Desku
1981, Gastwirt

Franco Albanese
1977, KMU-Unternehmer

Andreas Szummer
1979, Motorradmechaniker

Severin Heck
1985, Senior Projekt Ingenieur

Ralph Schlup
1966, Gastwirt

Marianne Puorger
1949, Pensioniert

Hansrudolf Hofer
1961, Landwirt

Max Willi
1946, dipl. Betreuer, pensioniert

Pascal Rütsche
1986, Elektro-Sicherheitsberater



Die 1000 Bäume wollen wir auf die ganze Stadt verteilt pflanzen.

Wahlen 2022 - Spezial - Stefan Fritschi



Stefan Fritschi
Stadtrat FDP seit 2010
Stadt Winterthur
Vorsteher Departement
technische Betriebe

Liebe Leserin, lieber Leser
Bäume werden weitherum sehr geschätzt. Sie produzieren Sauerstoff, speichern Kohlendioxid, filtern Staub aus der Luft und sind Futterquelle und Wohnort für zahlreiche Tierarten. Bäume haben in der Stadt aber noch eine weitere Rolle: Sie spenden wertvollen Schatten und helfen im Sommer die Stadt zu kühlen. Und aus meiner Sicht besonders wichtig: Sie verschönern unsere Stadt nachhaltig. Aus all diesen Gründen werden wir in den nächsten drei Jahren 1000 zusätzliche Bäume in Winterthur pflanzen. Den Auftakt haben ein Nussain, rund zwanzig Apfelbäume im Grüzefeld, diverse Bäume auf der kleinen Zeughauswiese und Eichen

beim Stadtbuss-Depot gemacht. Die 1000 Bäume wollen wir auf die ganze Stadt verteilt pflanzen. Derzeit legen die Mitarbeitenden von Stadtgrün fest, wo in der Baumpflanzzeit von November bis März die nächsten rund zweihundert Bäume hinkommen sollen. Dabei versuchen sie alle Stadtteile und deren Quartiere zu berücksichtigen, von Seen über Oberwinterthur bis nach Wülflingen und Töss. Nicht an allen Orten, an denen ein Baum eine wertvolle Ergänzung wäre und oberirdisch Sinn machen würde, kann auch einer gepflanzt werden. Denn durch unseren städtischen Boden verlaufen zahlreiche Leitungen, von Frisch- und Abwasser über Strom, Internet und Gas. Dort kann kein Baum gepflanzt werden. Trotzdem haben die Planerinnen und Planer zahlreiche Stellen ausgemacht und



wenn ich die Liste anschau, wird fast jedes Quartier zusätzliche Bäume erhalten. Dazu gehören selbstverständlich auch Obstbäume, damit Sie liebe Winterthurerinnen und Winterthurer die eine oder andere Frucht pflücken können.

www.stefan-fritschi.ch

Die SVP unterstützt die Wahl von Stefan Fritschi in den Stadtrat

Inserat

Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften.

Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz.

Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Weitere Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

Generelle Anfragen:

Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

Recht und Steuern:

Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.



SISKA Verwaltungs AG

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur
Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99
info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch

Und für Reinigungsarbeiten in Ihrer Wohnung, in Ihrem Haus oder der Büros empfehlen wir Ihnen die Firma unseres Sohnes Alexander Heuberger, die

Aksis Service GmbH, Tel. 052 260 01 70, info@aksis-service.ch

Inserat





Bei einer Annahme ist mit weitreichenden negativen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Schweiz, ihre forschende Industrie und ihre Hochschulen zu rechnen.

Nein Tier- und Menschenversuchsverbot



Martin Haab
Nationalrat SVP
Kanton Zürich

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert ein vollumfängliches Verbot von Tierversuchen und von Forschung am Menschen. Ausserdem verboten werden sollen Einfuhr und Handel sämtlicher Produkte, die unter Anwendung von Tier- oder Menschenversuchen entwickelt wurden. Bei einer Annahme ist mit weitreichenden negativen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Schweiz, ihre forschende Industrie und ihre Hochschulen zu rechnen. Die Initiative wäre zudem mit verschiedenen internationalen Verpflichtungen nicht kompatibel und hätte zur Folge, dass ein rigoroser Kontrollapparat aufgezogen werden müsste.

In den letzten 40 Jahren wurden die Anzahl Tierversuche um 70 % gesenkt. Schon heute ist die Forschung und Wissenschaft bestrebt, wann immer möglich auf den Tierversuch (in vivo) zu verzichten. Dabei wird auf Alternativen mittels Zellkulturen (im vitro) oder sogar auf simulationsbasierte Untersuchungen (in silico) ausgewichen. Im Zentrum stehen hierbei die 3R-Prinzipien zur kontinuierlichen Minimierung der Tierversuche am lebenden Tier: Refine, Reduce, Replace (verbessern, vermindern, vermeiden). Im vergangenen Jahr hat der Bundesrat zudem das mit 20 Millionen Franken dotierte Forschungsprogramm «Advancing 3R – Tiere, Forschung und Gesellschaft» lanciert.

Tierversuche werden in 4 Schweregraden kategorisiert, nur gerade 3% aller Versuche

sind mit schweren Belastungen für das Tier verbunden. 80% aller Versuchstiere sind Mäuse und Ratten und nur ganz vereinzelt werden heute noch Versuche an grösseren Säugtieren wie etwa Primaten oder Hunden gemacht. Allein schon gewisse Ausbildungsschritte in der Tierhaltung von Lernenden in der Landwirtschaft oder Veterinärmedizin (Klauenpflege, Exterieur-Beurteilung, etc) werden als Tierversuche gewertet.

Was genau unter Menschenversuchen zu verstehen ist, bleibt unklar. In seiner Botschaft schreibt der Bundesrat: «Je nach Auslegung des nicht definierten

Begriffs «Menschenversuche» kann dieser als Synonym von «Forschung am Menschen» verstanden werden. Es wäre somit nicht länger zulässig, ein Forschungsvorhaben mit erwachsenen, urteilsfähigen Personen durchzuführen, die sich aus wissenschaftlichem Interesse oder aus solidarischen Überlegungen daran beteiligen möchten.»

Der Bundesrat sowie das Parlament und mit ihnen die SVP empfehlen ein wuchtiges Nein. Dies nicht nur aus Sicht von Forschung und Wirtschaft, sondern vor allem aus der Gesamtsicht unserer Volksgesundheit.

Inserat

Traditionell & Regional
Schweizer Küche aus Überzeugung

Restaurant
Stadtrain
Römerstrasse 71, 8404 Winterthur



**Pascal A Werner kandidiert für das
Winterthurer Stadtparlament
2 x auf ihre Liste**

052 246 01 67
www.stadtrain-winterthur.ch

Nein Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Kanton Zürich

Die Volksinitiative 'Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung' strebt ein totales Werbeverbot von Tabakprodukten an.

Am 13. Februar stimmen wir über ein faktisches Verbot der Tabakwerbung ab. Werbung für Tabakprodukte ist in der Schweiz mit dem geltenden Recht jetzt schon nur unter Einschränkungen erlaubt. Verboten ist Werbung, die sich gezielt an Minderjährige richtet insbesondere an Veranstaltungen oder in Publikationen für Jugendliche, sowie in Fernsehen und Radio. Verboten ist auch die Abgabe von Gratismustern. Bei der Plakatwerbung und der Werbung im Kino gelten in den Kantonen unterschiedliche Regelungen. Die Volksinitiative 'Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung' strebt ein totales Werbeverbot von

Tabakprodukten an. Überall wo Kinder und Jugendliche erreicht werden können, soll ein Werbeverbot herrschen. Dies betrifft auch Zeitungen und Magazine wie die NZZ oder die Bilanz. Obwohl dies keine Literatur von Kindern ist, könnte es trotzdem sein, dass beispielsweise bei der Papiersammlung eine aufgeschlagene Seite ganz oben auf dem Stapel von Jugendlichen eingesehen werden könnte. Ausser Mailings und einer Abgabe von Flyern an Erwachsene ist keine Werbung mehr erlaubt. Die Initianten schielen wohl nach Australien, wo die Zigarettensackungen nur noch weiss oder mit abschreckenden Fotos erhältlich sind. Die Initiative mit dem weitreichenden Werbeverbot ging dem Bundesrat und dem Parlament zu weit. Deshalb

stellen sie dem neuen Tabakproduktegesetz einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Damit wäre ein Sponsoring an nationalen Anlässen erlaubt, ausser wenn der Anlass auf Minderjährige abzielt. Erlaubt wären weiterhin Werbung in der Presse und im Internet sowie an Verkaufsstellen wie z.B. Kiosken. Schlussendlich sind immer noch die Eltern für die Erziehung ihre Kinder verantwortlich. Mit einem Werbeverbot soll die Rolle des Staates gestärkt und jene der elterlichen Erziehung subtil in den Hintergrund geschoben werden. Neue Vorstösse für Werbeverbote wie z.B. Alkohol, sind bereits eingereicht, jenes für Fleisch wird ebenfalls diskutiert. Der Zuckerkonsum soll ebenfalls vom Staat reguliert werden. Ein NEIN zur Initiative kann Werbeverbote bremsen.

Inserat

COMES

Ihr Vertrauenspartner für
Treuhand
Vermögensberatung
Versicherungsfragen

Postfach 1659
Bankstrasse 8
8401 Winterthur
Tel. 052 222 33 20
Fax 052 222 33 28
E-Mail: comes@comes.org
Website: www.comes.org

Ja Zur Abschaffung der Stempelsteuer

Thomas Wolf
Gemeinderat
SVP Winterthur
Stadtratskandidat

Mit der Abschaffung wird das Wirtschaftswachstum gestärkt, was sich wiederum positiv auf zukünftige Arbeitsplätze auswirkt.

Am 13. Februar finden nicht nur die für uns Winterthurer und Winterthurerinnen wichtigen Parlaments- und Stadtre-gierungswahlen statt, sondern auch eidgenössische Abstimmungen. Eine davon ist die Abschaffung der Stempelsteuer.

Worum geht es?

Wenn ein wachsendes Unternehmen zusätzliches neues Eigenkapital beschafft, erhebt der Bund darauf eine sogenannte Emissionsabgabe von einem Prozent der Summe über einer Million CHF. Im Jahre 2020 haben rund 2300 Unternehmen diese Steuern bezahlt.

Das Parlament in Bern sowie der Bundesrat wollen nun dieses Handelshemmnis abschaffen. Der Schweizer Finanzplatz wird gegenüber den anderen Playern wie London, New York oder Singapur benachteiligt. Ausser der Schweiz erheben nur noch

die zweitrangigen Finanzplätze Spanien und Griechenland eine ähnliche Steuer.

Mit der Abschaffung wird das Wirtschaftswachstum gestärkt, was sich wiederum positiv auf zukünftige Arbeitsplätze auswirkt. Die Mindereinnahmen werden jährlich auf ca. 250 Millionen CHF geschätzt, welche mit der Zeit durch Wachstumsimpulse kompensiert werden. Die bürgerlichen Parteien und die grossen Wirtschaftsverbände befürworten die Abschaffung dieser Stempelsteuer. Vor allem junge Unternehmen können vom Verzicht auf diese Abgaben profitieren und durch die reduzierten Kosten ihr Geld für die weitere Entwicklung des Unternehmens einsetzen.

Nun haben im letzten Sommer die SP, die Grünen sowie die Gewerkschaften das Referendum gegen die Abschaffung ergriffen. Im gewohnt klassenkämpferischen Ton werden die internationalen Grosskonzerne, Banken und Versicherungen

als schamlose Profiteure dieser Aktion dargestellt. Der normale Bürger hingegen muss durch den Verzicht auf diese Einnahmen höhere Steuern bezahlen und den Abbau von staatlichen Leistungen in Kauf nehmen. Für uns ist diese Argumentation eigentlich ein erfreuliches Zeichen, sonst sind aus diesen Kreisen ja keine Bemühungen gegen Steuererhöhungen zu vernehmen. Wie letztes Jahr in Winterthur versucht die vereinigte Linke eher einen Raubzug auf das Portemonnaie des Mittelstandes und der Unternehmer als Sparmassnahmen zu unterstützen!

Wir wissen, wenn der Staat mehr Mittel zur Verfügung hat, dann gibt er auch mehr aus. Unser Bestreben ist es, eine wirtschaftsfreundliche Politik zu gestalten, mit möglichst wenig staatlichen Einschränkungen des Wettbewerbes. Deshalb befürwortet die SVP die Abschaffung der Stempelsteuer und empfiehlt ein «JA» in die Urne zu legen.

Inserat



Marco Graf kandidiert für den Winterthurer Gemeinderat, 2 x auf Ihre Liste.

GRAF TECHNIK GMBH
wir automatisieren jedes Tor

- Garagen / Aussentore
- Torantriebe
- Schranken / Parksyste-me
- Mechanische Werkstatt

Grundhofstrasse 72
CH-8404 Stadel/Winterthur
Tel. 052 337 37 37
www.graftechnik.ch

Parolen

13. Februar 2022

Eidgenössisch

Volksinitiative Tier- und Menschenversuchsverbot

Nein

Verbot der Tabakwerbung für Kinder und Jugendliche

Nein

Änderung des Bundesgesetzes über Stempelsteuer

Ja

Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Nein

Wahlen Winterthur

Stadtratswahlen
Gemeinderatswahlen -
Liste 2
Wahl der Schulpflege

In den Stadtrat wählen:



Maria Wegelin Thomas Wolf

Tempo 30 – Ein Anschlag auf die Autofahrer?



Felix Lisibach
Redaktor
SVPdirekt

Im November 2021 hat der Bundesrat die Anpassung der Signalisationsverordnung sowie der Verordnung über Tempo-30-Zonen in die Vernehmlassung gegeben. Diese Verordnung soll die Einführung von Tempo 30 auf Gemeindeebene vereinfachen. Insbesondere grosse links-grüne Städte wie Zürich, Lausanne und natürlich auch Winterthur verfolgen mit grossem Eifer internationale Klimaziele und dies beinahe schon mit einer ideologischen Verblendung. Naheliegenderweise ist der Verkehr – und allen voran der motorisierte Individualverkehr – eines der Hauptangriffsflächen eben jener links-grünen Politik. Der Bund bietet dieser Politik nun Hand mit der vereinfachten Einführung von Tempo-30-Zonen. Dies lehne ich ab.

Wohlgemerkt – der Verkehr ist in der Tat ein grosses Problem

in Bezug auf das Klima oder auch auf Lärmemissionen. Dies aber eindämmen zu wollen mit Tempo-30-Zonen ist am Ziel vorbeigeschossen und bestraft die Falschen. Es macht natürlich absolut Sinn, Tempo-30-Zonen in Quartiergebiet einzuführen, insbesondere unter dem Aspekt der Sicherheit und auch der Lebensqualität. Andererseits ist es absolut inakzeptabel und ineffizient, wenn auf Hauptverkehrsachsen wie der Zürcherstrasse, der Wülflingerstrasse oder auch der Technikumstrasse ebenfalls Tempo-30 gelten soll. Auf diesen Strassen sind nämlich nicht nur Freizeit-Autofahrer unterwegs sondern vor allem Arbeitnehmer oder Lieferanten, welche eine Stadt erst zu einer Stadt machen. Dieser Verkehr hat zu fließen und dies zu einem vernünftigen Tempo. Die Gefahr, dass Staus entstehen durch Tempo-30 empfinde ich als besorgniserregender hinsichtlich der Umwelt als ein konstantes und fließendes Tempo 50. Desweiteren sollte

der Verkehr in der Innenstadt tatsächlich reduziert werden, dann durch weniger motorisierten Individualverkehr, plädiere ich für einen Ausbau und eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs. Solange der öffentliche Verkehr der Stadt Winterthur weiterhin auf solch niederem Standard funktioniert und weiterhin derart horrenden Preise verlangt, sehe ich schwarz, dass auch nur ein Bruchteil der Menschen auf den ÖV wechselt.

Die Verkehrspolitik darf durchaus grün sein. Sie soll es sogar. Es darf jedoch nicht sein, dass der Staat dem Bürger das Auto wegnimmt! Die individuelle Mobilität ist eine viel zu gute technologische Errungenschaft, als dass man dies verbieten oder ausbremsen soll. Wichtiger sind die Entwicklung von erschwinglichen klimaneutralen Fahrzeugen und der Ausbau eines erschwinglichen und zuverlässigen ÖVs.

Team Freiheit für Winterthur

In den Stadtrat:

Thomas Wolf
SVP

Romana Heuberger
FDP

Michael Künzle
Stadtpräsident, Die Mitte, bisher

Maria Wegelin
SVP

Stefan Fritschi
FDP, bisher



Am 13. Februar 2022 in den Stadtrat
und Michael Künzle wieder als Stadtpräsident



Juristin, verheiratet
und Mutter

Kaufmännische
Angestellte,
verheiratet und Mutter

Versicherungsfach-
angestellte,
verheiratet und Mutter

Gabriella
Gisler

Jasmine
Sutter

Beatrice
Bleistein

am 13. Februar in die Schulpflege

Damit junge Menschen den besten
Start ins Leben haben!

